

Antrag

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Eine Open-Access-Strategie für die Thüringer Hochschulen

- I. Die Landesregierung wird gebeten, zusammen mit den Thüringer Hochschulen und in enger Abstimmung mit den Thüringer Hochschulbibliotheken im Rahmen der zugewiesenen Budgets nach Rahmenvereinbarung IV eine Strategie zur Stärkung von Open Access in Thüringen zu entwickeln. Dabei sollen unter Berücksichtigung der Bedeutung von elektronischen Publikationsformen insbesondere folgende Punkte Beachtung finden:
 1. Etablierung von Open-Access-Beauftragten an allen Thüringer Hochschulstandorten mit entsprechendem Personal und einem Sachkostenbudget;
 2. Koordination von kooperativen Vorhaben und Weiterentwicklung von Open Access im Rahmen des Kooperationsverbunds Thüringer Hochschulbibliotheken;
 3. Etablierung einer gemeinsamen Open-Access-Plattform der Thüringer Hochschulen mit der Digitalen Bibliothek Thüringen;
 4. die Verankerung von Open Access als ein Element der Digitalisierungsstrategie an Thüringer Hochschulen;
 5. Anreiz- und Informationssysteme für digitale Publikationen von Dissertationen, hervorragenden studentischen Abschlussarbeiten und Forschungsergebnissen an Thüringer Hochschulen über die gemeinsame Open-Access-Plattform der Thüringer Hochschulen, Open-Access-Journals oder fachspezifische Repositorien, sowie
 6. die Möglichkeit zur Einrichtung institutioneller Publikationsfonds für Open-Access-Zeitschriften zur Unterstützung von Hochschulangehörigen und die verstärkte Nutzung von entsprechenden Förderprogrammen, etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), zu prüfen.

Die Landesregierung wird gebeten, im Dezember 2017 hierzu dem Thüringer Landtag zu berichten.

- II. Die Landesregierung wird gebeten, im Bundesrat im Rahmen der Novelle des Urheberrechtsgesetzes auf eine Stärkung von Open Access hinzuwirken. Dabei soll insbesondere ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht von wissenschaftlichen Texten, sofern nicht die unmittelbaren Interessen Dritter betroffen sind, ohne die bisherigen Beschränkungen auf öffentlich geförderte Forschungstätigkeiten im Fokus der Bemühungen stehen, damit allen Angestellten öffentlicher Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen dieser Weg

offen steht. Zudem ist sicherzustellen, dass zur Vermeidung von Zitationsproblemen hierfür generell die jeweiligen Verlagsversionen genutzt werden können.

III. Die Landesregierung wird gebeten, eine umfassende Prüfung anzuregen, welche Vor- und Nachteile und welche finanziellen Auswirkungen verschiedene Modelle von Nationallizenzen mit großen Wissenschaftsverlagen im Bereich elektronischer Publikationen für die Entwicklung von Open Access in Deutschland hätten und unter Beachtung der Prüfergebnisse Verhandlungen zu entsprechenden Lizenzen zu unterstützen.

Begründung:

Open Access beschreibt die für den Nutzenden kostenfreie, öffentliche und transparente Zurverfügungstellung von Forschungsdaten und wissenschaftlichen Publikationen. Ausgehend von der "Budapest Open Access Initiative" vom Jahr 2001 und verstärkt mit der "Berliner Erklärung" vom Jahr 2003 soll ein unbeschränkter und möglichst barrierefreier Zugang zu wissenschaftlichen Informationen erreicht werden, um unter der Wahrung der Ansprüche von Urheberinnen und Urhebern die Nutzung und Verbreitung von Wissen zu beschleunigen. Dafür sollen neben Primärpublikationen in offenen Online-Fachzeitschriften (sogenannter "goldener Weg") insbesondere auch über die Zweitpublikation von wissenschaftlichen Beiträgen in Dokumentenservern beziehungsweise Repositorien (sogenannter "grüner Weg") Forschungsergebnisse zugänglich gemacht werden.

In Thüringen haben sich in den vergangenen Jahren bereits erste Strukturen im Bereich Open Access etabliert (vergleiche Drucksache 6/2644). An fast allen Hochschulstandorten sind bereits Verantwortliche für das elektronische Publizieren etabliert. Um eine gleichmäßige Entwicklung der Hochschullandschaft in dieser wichtigen Zukunftsfrage sicherzustellen, sollen im Rahmen der zugewiesenen Budgets nach Rahmenvereinbarung IV die wenigen verbliebenen Lücken zügig geschlossen werden. Diese gilt es nun zu bündeln und weiterzuentwickeln. Dazu ist eine Open-Access-Strategie für den Freistaat Thüringen zu entwickeln, die sowohl Beratungsstrukturen als auch die technischen Voraussetzungen garantiert. Ziel soll es sein, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler umfassend zu unterstützen und bereitgestellte Publikationen in bestehende bibliothekarische Kontexte nutzerfreundlich einzubinden. Auch auf der Bundesebene sind im Bereich Open Access deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Während die bundesdeutschen Forschungsgemeinschaften schon seit längerem Open-Access-Strategien verfolgen, wurde nun auch seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im September 2016 eine erste Strategie vorgelegt, die unter anderem Open Access als Grundprinzip der eigenen Forschungsförderung vorsieht. Dennoch verbleiben auf Bundesebene Hindernisse, die im Sinne einer Stärkung der Open-Access-Bestrebungen überwunden werden sollten: So bestehen weiterhin enge Vorgaben für das Zweitveröffentlichungsrecht durch Regelungen im Urheberrechtsgesetz. Darüber hinaus existieren teils exorbitant hohe Publikationsgebühren in Open-Access-Journalen. Diese resultieren vor allem aus der marktverzerrenden Dominanz einiger weniger etablierter Wissenschaftsverlage im Bereich der elektronischen Publikationen. Deshalb ist zu prüfen, ob ein genereller und weniger kostenintensiver Zugang über auszuhandelnde Nationallizenzen zu erreichen wäre, wie es in den Niederlanden mit Springer, Sage, Elsevier und anderen Großverlagen beispielsweise der Fall ist.

Generell ist zu beachten, dass sich die Stärkung von Open Access zukünftig im Rahmen der gesamten Digitalisierungsbemühungen des Freistaats einordnet und wiederfindet und damit einen Beitrag neben weiteren zu notwendigen Schritten eines transparenten Zugangs zu mit öffentlichen Mitteln geschaffenem Wissen bietet.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Henning-Wellsow

Becker

Rothe-Beinlich